

Tischvorlage

für die Sitzung des Senats am 19. April 2016

Zukunft des ehemaligen Ortsamtsgeländes Horn-Lehe an der Berckstraße
(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft – Stadtbürgerschaft)

Die Abgeordneten Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und die Fraktion der SPD haben für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

Zukunft des ehemaligen Ortsamtsgeländes Horn-Lehe an der Berckstraße

1. Welche zusätzlichen öffentlichen Kosten entstehen für die Verlegung der auf dem Gelände des ehemaligen Ortsamtsgeländes Horn-Lehe befindlichen Flüchtlingsunterkunft, welche öffentlichen Investitionen der letzten drei Jahre in die vorhandene Kita und die Flüchtlingsunterkunft wären bei einer Veräußerung abzuschreiben und um wieviel übersteigt der zu erwartende Verkaufserlös diese Aufwendungen?
2. Hat der Senat wegen der veränderten öffentlichen Bedarfe für Kinderbetreuung, Flüchtlingsunterbringung, preiswerten Wohnraum und für einen geeigneten Standort einer Wache für die Berufsfeuerwehr in der letzten Zeit Alternativen zu der seit Jahren verfolgten Idee der Veräußerung an private Investoren zur Nutzung als Wohn- und Einzelhandelsstandort geprüft und wenn ja, wie war das Ergebnis?
3. Hält der Senat, in Abwägung dieser konkurrierenden Bedarfe, angesichts des von ihm erwarteten betriebswirtschaftlichen Ergebnisses einer Veräußerung und der rechtlichen Verpflichtung durch das bereits eingeleitete Ausschreibungsverfahren weiterhin die Veräußerung an einen privaten Investor für die Flächenverwertung für geboten, durch die das öffentliche Interesse am besten gewahrt wird?

Antwort des Senats auf die Frage 1:

Für die jugendlichen Flüchtlinge, die zur Zeit auf dem ehemaligen Ortsamtsgelände untergebracht worden sind, stehen bereits andere Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung, so dass für die Verlegung keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die Flüchtlingscontainer der Berckstraße werden an einem anderen Standort weiterverwendet werden. Der Stand-

ort an der Berckstraße war von vornherein als eine zeitlich befristete Zwischenlösung in Zeiten hoher Flüchtlingszuwanderung gedacht;

Der Senat wird sich in den weiteren Verhandlungen mit dem Investor dafür einsetzen, das jetzige Kita-Gebäude für diesen Zweck noch solange zu nutzen, bis eine für Bremen akzeptable Lösung der Kitasituation in Horn – Lehe erreicht ist. Entsprechende erste Gespräche sind mit dem Investor geführt worden, der intern allerdings ebenfalls noch Klärungen herbeiführen muss. Sollte eine akzeptable Lösung jetzt nicht zu erreichen sein, wird der Verkauf der Fläche zumindest solange ausgesetzt, bis es genügend Plätze in Horn – Lehe gibt.

Die Herrichtungskosten des Bestandsgebäudes für Zwecke der Kita haben sich auf 455.000 € incl. aller Baunebenkosten belaufen. Bei einer im Falle der Veräußerung notwendigen Interimslösung für Kitaplätze über eine Containergestellung ist bei einer Überbrückungszeit von 2 Jahren mit Aufwendungen von ca. 600.000 € (ohne ggf. entstehende Grundstückskosten) zu rechnen.

Demgegenüber wird aus dem Verkauf der Fläche ein Erlös in Höhe von annähernd 2 Mio. € erwartet. Das Ausschreibungsverfahren beinhaltet außerdem, dass der Investor auf seine Kosten Aufgaben im öffentlichen Interesse übernimmt. Neben dem im Stadtteil geforderten Einzelhandelsstandort würde die Errichtung und Bereitstellung von sozialem Wohnraum und die Schaffung einer Linksabbiegerspur erfolgen. Als Ersatz für die bestehende Kita würde der Investor eine neue Einrichtung erstellen und diese zu marktüblichen Preisen an einen Kitabetreiber vermieten.

Antwort des Senats auf die Frage 2:

Eine konkrete Prüfung der Alternativen im Sinne einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird im Falle des Verkaufes zur Beschlussfassung im zuständigen Haushalts- und Finanzausschuß vorgelegt werden. Der in der Frage 2 unterstellte Bedarf für den Standort eine Feuerwache ist inzwischen nicht mehr gegeben.

Antwort des Senats auf die Frage 3:

Sofern der Veräußerungsvorgang nicht fortgesetzt werden würde, müsste die Stadt auf den Verkaufserlös und auf die verkehrlichen Maßnahmen sowie auf den neuen Einzelhandelsstandort verzichten. Insofern erscheint dem Senat die Veräußerung nach wie vor angezeigt, wenn eine akzeptable Lösung für die Kitasituation in Horn – Lehe gefunden wird.